

Erscheint jeden Freitag.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis 1 Mark für 1 Exemplar, jedes weitere bis zu 5 Exemplaren direkt unter einer Adresse bezogen 75 Pfennig.

Die Ameise.

„Trimmer strebe zum Ganzen! Und kannst Du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Verbandes der Porzellan- und verwandten Arbeiter.

Eigenthum des Verbandes.

Original-Aufsätze u. Notizen technischen und sozialpolitischen Inhalts werden gegen Honorar entgegengenommen.

Redaktion u. Expedition:
Charlottenburg,
Englische Straße Nr. 24 11.

Insertionsgebühren für die gewöhnliche Zeile 20 Pf. —
Arbeitsmarkt für Arbeiter
gebet und Arbeitsnehmer
unentgeltlich.

Amtlicher Theil.

An die Mitglieder des Verbandes der Porzellan- und verwandten Arbeiter.

In Folge mehrfacher Zusendung von Provinzial-Zeitungen mit der Notiz:

„Aus dem Verbands der (nichtsozialdemokratischen) Gewerksvereine ist der 4000 Mitglieder zählende Gewerksverein der Porzellanarbeiter trotz aller Mahnungen des Verbandsanwalts, des Abgeordneten Max Hirsch, ausgeschieden. Der genannte Gewerksverein scheint zur Sozialdemokratie übergehen, oder sich derselben wenigstens nähern zu wollen. Es ist dies der erste derartige Fall seit 1873.“

sieht der Vorstand des Verbandes sich zu folgender Erklärung veranlaßt:

Die vorstehende Zeitungsnotiz kann der Vorstand nur als eine der Folgen ansehen, welche dem Gewerksverein der Porzellanarbeiter anlässlich seines Austritts aus dem Verbands der Deutschen Gewerksvereine in Nr. 44 des „Gewerksverein“ in recht genossenschaftlicher und friedliebender Weise in Aussicht gestellt worden sind. Der Vater sowie die Handlanger dieses Machwerks sind vom Vorstand durch das in der Notiz zur Anwendung gebrachte unsaubere Mittel der Verdächtigung sofort erkannt worden. Da aber der Vorstand das Handwerk jener Leute aus langjähriger Erfahrung nur zu gut kennt und nicht gewillt ist, seine Zeit und Kraft an solche unwürdige Kampfesweise zu vergeuden, so ist er über diese sich von selbst richtende Handlungsweise zur Tagesordnung übergegangen und wird alle weiteren Geistesprodukte jener Machenschaft mit Nichtachtung beantworten. Unseren Mitgliedern empfehlen wir aber, als beste Waffe gegen diese Anschwärmung, unser neues Statut, aus welchem nach wie vor deutlich hervorgeht, daß in unserer gewerblichen Vereinigung die Politik ausgeschlossen ist.

Der Vorstand.
A. Kern, G. Lenk, J. Bey,
Vorstandender. Hauptschriftführer. Hauptkassierer.

Bekanntmachung.

Gemäß Beschluß der Generalversammlung vom 25. Oktober d. J. werden die Mitglieder erjucht, sich behufs schnellerer Erledigung ihrer Unterstützungs-Anträge zunächst nur an ihren Ortskassierer zu wenden.

Alle Anträge, welche von den Mitgliedern direkt an den Vorstand gesandt werden, müssen erst an den Ortskassierer zur Begutachtung zurückgehen, wodurch nur Verzögerungen zum Schaden der Mitglieder entstehen.

Sofern aber die Einsendung von Unterstützungs-Anträgen an den Vorstand vom Ortskassierer veräumt wird, wollen sich die Mitglieder mit einer Beschwerde direkt an den Vorstand wenden. Bei allen Anträgen ist stets die Mitglieds-Nummer anzugeben.

Der Vorstand.
A. Kern, G. Lenk, J. Bey,
Vorstandender. Hauptschriftführer. Hauptkassierer.

An die Herren Ortskassierer.

Bei den Mitglieder-Aufnahmen sind die an der Spitze der Nr. 45 der „Ameise“ bekannt gegebenen Anträge zu beachten.

In der Anmeldung ist für jedes angemeldete Mitglied anzugeben, ob dasselbe aus einem anderen Verband austritt.

J. Bey, Hauptkassierer.

Anßerordentliche gemeinsame Generalversammlung

(des Gewerksvereins und des Reise-Unterstützungsverbandes
Deutscher Porzellandreher u. s. w. (Vorort Berlin)

zu Charlottenburg, Hotel „Zum Hirsch“, Englische Straße 26.

Zweite Hauptversammlung am 26. Oktober.

Um 8 1/4 Uhr wird die Sitzung vom Vorsitzenden eröffnet. Sammelnde Delegierte sind anwesend. Vor Eintritt in die Tagesordnung werden die Herren Triebel und Zingler gewählt zur Prüfung der Vorstandsberichte.

Die Debatte über den dritten Punkt der Tagesordnung wird fortgesetzt.

Als erster Redner bemerkt Herr Kern, daß der Herr Anwalt bei seinen gestrigen Zweifelsäuerungen sich hauptsächlich im Irrthum befinden habe. Aus den Berichten, wie sie beispielsweise dem Vorstande vielfach zugehen und in der „Ameise“ veröffentlicht werden, erweise sich mit größter Klarheit, daß die Lohnabfälle in der Porzellanindustrie die stehende Regel bilden, wodurch die Berufsangehörigen sich genöthigt sehen, ihre Kräfte um so intensiver anzustrengen. Eine neu aufzunehmende Statistik werde ergeben, daß selbst in den bedeutendsten Fabriken die Löhne während der letzten drei Jahre sehr erheblich heruntergegangen sind.

Dies wird bestätigt von der Mehrzahl der zu dieser Sache sprechenden Delegierten, welche über sehr unergiebliche Verhältnisse sowohl aus Schießen als aus Thüringen zu berichten haben; besonders ist in Thüringen in der Porzellanbranche die Frauen- und Kinderarbeit derart in Schwung gekommen, daß große Gefahr für die Existenz der Familienleben vorhanden ist. Unter Anderem schildert Herr Voos aus eigener Anschauung den Einfluß des Akkordsystems auf die Qualität der Produkte, die zwar billig, aber schlecht sind. Er befürwortet daher ebenfalls die Annahme des Verbots der Akkordarbeit in die Resolution. Dem. Derselbe Delegierte stellt ferner auch seine eigenen Erfahrungen mit in Betreff der Liebeskneipe, welche das Akkordsystem erzeuge. Herr Niehmann führt ebenfalls Verhältnisse an, auch aus seinem Thüringenskreise an.

Herr Hupe bedauert vor Allem, daß der Herr Verbandsanwalt noch nicht zugegen ist; er hätte es doch für sehr angebracht, den Herrn über die von ihm angezeigten Thatsachen eines Besizers zu belehren. Die Annahme, wie sie gestern von einem Redner angeführt worden, stehe jedenfalls in ganz Deutschland vereinzelt da. Auch in Berlin gebe es Löhne bis zu 14 Mark abwärts. Auch hier fanden fortwährend Lohnbrüderchen statt. Indem Herr Hupe wiederholt für das Verbot der Akkordarbeit plaidirt, kann er andererseits der von Herrn Bey gegebenen Anregung eines Tariffs nicht zustimmen. Redner hat sich jahrelang mit dieser Frage beschäftigt, ist aber stets zu dem Resultat gelangt, daß angesichts der großen Verschiedenheit im Material und auch sonst wegen gewisser technischer Eigentümlichkeiten der Aufstellung eines Tariffs unmöglich sei.

Herr Kleinwächter spricht sich ebenfalls für eine Verkürzung der Arbeitszeit aus, obgleich er bemerkt, daß es mit acht Stunden schon sehr zu erreichen sei. Er ist indessen der Meinung, daß eine solche Maßregel durch kräftiges Zusammenwirken innerhalb der Organisation durchgesetzt werden könne, ohne daß es hierzu des staatlichen Eingreifens bedürfe.

Herr Bey entwickelt einen Rückblick auf die Ergebnisse der bisher so sehr gepriesenen Selbsthilfe in den Arbeiterorganisationen und bemerkt, daß mit diesem Prinzip bis heute doch eigentlich nur verschwindend wenig für die Arbeiter erreicht worden sei. Der Begriff der Selbsthilfe werde vielfach ganz falsch gedeutet und arger Mißbrauch damit getrieben; zum großen Theil werde diese auch gemißbraucht, insbesondere von den herrschenden Klassen, die geistlich die Arbeiter hindern an der praktischen Ausübung der Selbsthilfe durch thätige Mitwirkung an der Verwaltung in Gewerkschaft und Staat. Der Redner kommt dabei nochmals zu sprechen auf die Aufgabe des Staates, durch gesetzliche Maßnahmen die körperliche und geistige Kraft der arbeitenden Bürger vor wuchernder Ausbeutung zu schützen. Auch er ist der Ueberzeugung, daß einzig und allein durch Aufhebung der Akkordarbeit die Schmutzkonturrenz, die von Fabriken und Handern betrieben werde, zu befeitigen sei. Ein drastisches Beispiel führt auch Herr Bey an, mit welchen Mitteln das Beamtenthum diejenigen Arbeiter bedrückt, welche einer Organisation angehören.

(Der Herr Verbandsanwalt ist sodann eingetreten.)

Herr Bey wendet sich nun eingehend zu den gen. „Ausführungen des Herrn Dr. Hirsch und bedauert, daß derselbe nicht schon früher erschienen sei; aus den schätzbaren Mittheilungen der verschiedenen Berufsgruppen würde er sich eines Andern haben überzeugen können. Zum Kapitel der Löhne berichtet Herr Bey eine interessante Thatsache aus Magdalenburg, wo es wenig verdient werde, daß oft der geringe Verdienst den Lebenslohn übersteige. Es wüßten hier genannten erkrankten Arbeiterinnen kommen, um ge-

sannten keramischen Gewerbe eben nur als Ausnahme gelten. Der Redner erklärt entschieden, daß es keineswegs eine Sucht sei, prinzipiell alle Arbeitgeber schlecht zu machen; es hätten indessen hauptsächlich die meisten dieser Herren durch Fabrikation ganz geringwerthiger Massenprodukte sich zu bedeutenden Kapitalisten emporgeschwungen, während die Arbeiter mit kümmerlichen Löhnen ein elendes Dasein fristen müßten. Die Frage des Herrn Anwalts, ob denn jede Möglichkeit einer Verständigung mit den Arbeitgebern geschwunden sei, müsse er mit Hinweis auf die diesbezüglich gemachten Versuche mit einem entschiedenen Ja beantworten. Auch die gesundheitlichen Schädigungen, wie sie die Arbeiter in Porzellanfabriken mit sich bringen, schildert Herr Bey als unerträgliche, wofür die Besitzer durch die mangelhafte Einrichtung ihrer Etablissements in Bezug auf Luft, Temperatur und Reinigung verantwortlich zu machen seien. Daß er die Affordarbeit in seine Resolution nicht aufgenommen, sei in der Absicht geschehen, noch einmal auch in dieser Frage, die bisher noch nicht zur Erörterung gekommen, mit den Arbeitgebern eine Verständigung zu suchen, obwohl er für seine Person nur wenig Hoffnung habe. Von einer seitens des Herrn Anwalts in Aussicht gestellten Clamierung auf den Bundesrath verspricht sich der Redner nichts; nur auf gesetzgeberischem Wege könne für alle Arbeiter ein Wandel zum Besseren geschaffen werden. Im Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Anwalts über den Kongreß der englischen Gewerksvereine bemerkt Herr Bey, daß selbst diejenigen englischen Arbeiter, welche durch Selbsthülfe mit außerordentlich schweren Opfern den achttündigen Arbeitstag errungen, bezweifeln, denselben ohne staatliche Regelung dieser Frage für die Zukunft aufrecht erhalten zu können. Eine Fülle von charakteristischen Beispielen führt der Redner dafür an, wie in Thüringen auf Kosten der Arbeitskraft armer Wittwen und Waisen die Unternehmer ihren Kapitalbesitz anhäufen. Unter allen Umständen müsse etwas geschehen, um den gedrückten Berufsgeossen zu einer menschenwürdigen Lebenshaltung zu verhelfen. Von den herrschenden Gesellschaftsklassen sei aber wenig oder nichts zu erwarten; deshalb fordere er in seiner Resolution eine beschränkte Staatshülfe, durch welche das Gemeinwohl gefördert werde. Die Staatshülfe erachte er als die höhere Entwicklungsstufe der Selbsthülfe.

Herr Aker berichtet eingehend über stattgehabte Differenzen, ebenfalls hervorgerufen durch fortgesetzte Lohnabzüge. — Auch Herr Dinkel konstatiert, daß in verschiedenen Fabriken seines Kreises in den letzten Monaten die Löhne um 30—40 pCt. herabgegangen sind.

Herr Dr. Hirsch nimmt das Wort, um eine von ihm eingebrachte Resolution zu begründen. Derselbe begrüßt es mit Freuden, daß durch die Verschmelzung die genossenschaftliche Kraft gestärkt werden sollte; angesichts dieses Vorhabens aber findet er es verfehlt, daß eine gewerbliche Arbeitervereinigung sich in einer der wichtigsten Fragen aus eigener Kraft für ohnmächtig halte. Wenn man aber einmal den gesetzlichen Maximalarbeitstag wolle, so sei es schon der Konsequenz halber das Richtige, denselben für alle Arbeiter zu fordern. In seinen weiteren Ausführungen bezieht sich der Redner u. A. auf den gegenüber der Resolution Bey sehr gemäßigten Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, welcher einen Maximalarbeitstag von 10 Stunden forderte, und bemerkt, daß selbst dieser abgelehnt worden sei, ein Beweis, daß gegenwärtig die Erreichung eines achttündigen Arbeitstages unmöglich sei (Zuruf: Natürlich!), wenn er sich auch früher oder später als unvermeidlich erweisen werde. Unter sehr unzulänglicher Begründung der von ihm vorgeschlagenen Resolution und der in ihr niedergelegten Gesichtspunkte erklärt der Herr Anwalt, daß die Generalversammlung durch Annahme seiner Resolution sich durchaus auf dem Boden des Rechts befinde. Betreffs des von Herrn Bey gerügten Mangels der nöthigen Schutzvorrichtungen für Leben und Gesundheit verliest der Herr Anwalt eine gesetzliche Bestimmung, die bezügliche Vorschriften enthält. Daß derselben nicht entsprochen werde, liegt daran, daß Niemand sich darum kümmere; die vornehmste Aufgabe der Berufsvereine sei es, solche schreienden Mißstände an das Licht der Öffentlichkeit zu ziehen. Der Redner erklärt, daß trotz der mannigfachen Angriffe, die er in Abgeordnetenkreisen zu erdulden habe, sein Bestreben, das ihn schon seit dreißig Jahren geleitet, nach wie vor das sein werde, zum Heil des Vaterlandes das Wohl seiner arbeitenden Mitbürger zu fördern. Nicht die Staatshülfe sei die höhere Entwicklung der Selbsthülfe, wie Herr Bey behauptet habe, sondern aus der Geschichte der Staatenentwicklung erweise sich das Gegentheil. Schließlich bittet der Herr Anwalt, unter Aufrechterhaltung des Gewerksvereinsstandpunktes seine Resolution anzunehmen, diejenige des Herrn Bey dagegen abzulehnen.

Die Resolution des Herrn Anwalts lautet: „Die Generalversammlung erklärt: Die Beseitigung der großen Mißbräuche und Schäden der gewerblichen Lage unserer Berufsgeossen, insbesondere der in Folge der Affordarbeit sinkenden Löhne und der übermäßigen Arbeitszeit, ist vor Allem Hauptaufgabe des Gewerksvereins, und erstrebt dieser in erster Reihe die Vereinbarung eines Tarifs für ganz Deutschland. — Zugleich beschließt die Generalversammlung eine Petition an den Bundesrath, dahingehend, daß die Bestimmung des § 120a Abs. 3 der Gewerbenovelle, die Arbeitszeit in gesundheitsgefährlichen Gewerben zu beschränken, baldigst auf die dessen dringend bedürftige Porzellanindustrie, mit der Festsetzung von höchstens neun Stunden täglich, angewandt werde.“

Es sprechen noch zur Sache die Herren Dake, Zingler, Triebel, Seidel. Der Letztere verbreitet sich zunächst über die Bedeutung der Affordarbeit für die Arbeitskraft, die durch ein solches System schon frühzeitig erschöpft werde. Die Affordarbeit gereiche aber auch insofern dem Fabrikanten zum Nutzen, als er bei kleineren Arbeitsräumen in kurzer Zeit viel Arbeit geliefert erhalte; in Folge dessen sei die Affordarbeit von den Fabrikanten schon jetzt beliebt auch für solche Artikel, bei denen man früher ein solches System nicht gekannt habe. Von einer Petition an den Bundesrath spricht der Redner sich nichts; die Herren im Bundesrath seien keine Fachmänner, sie würden sich wohl bei den Arbeitgebern erkundigen, nicht aber bei den Arbeitern. — Nach einer Mittheilung des Herrn Triebel versteht es auch ein Fabrikherr in Thüringen, aus dem Truchsystem für sich erhebliche Vorteile herauszuschlagen. (Allgemeines Erschauern.)

Herr Bey, als Referent, nimmt das Schlusswort, um zunächst unter Bezugnahme auf das hier von den Delegirten Vorgebrachte darzulegen, daß die in der Resolution des Herrn Anwalts betonte Vereinbarung für die in Rede stehenden Verhältnisse keineswegs angebracht sei. Dann bemerkt der Referent dem Anwalt gegenüber, daß, wie auch der Wortlaut der Resolution bezeuge, er seine Forderung für alle Arbeiter stelle. Die schlaueste Staatsverwaltung sei ihm unter Umständen sympathischer, als die brutale Macht des Kapitals, von dem nach den gemachten Erfahrungen für die Arbeiter

nun und nimmer etwas zu erwarten sei. Er empfiehlt nochmals seine Resolution zur Annahme.

Von Herrn Hube ist als Ergänzung der Resolution Bey Folgendes beantragt: „Daß der Gewerksverein es für seine Pflicht erachtet, die gesetzliche Aufhebung der Affordarbeit anzustreben.“ Motiv: Die Affordarbeit ist das Mittel, mit welchem die Arbeitgeber die Löhne reduzieren, sowie zur Züchtung des Latenthums unter den Arbeitern. Auch wird durch die Affordarbeit der Arbeiter physisch und moralisch ruiniert.

Von Herrn Kählig wird beantragt: in der Resolution Bey zu sagen: „neun Stunden.“

Ueber dieses Amendement wird zuerst abgestimmt.

Die Abstimmung ist eine namentliche.

Das Amendement Kählig wird mit 14 gegen 6 Stimmen angenommen. Mit Ja stimmen die Herren Meier, Dake, Loos, Grallert, Barth, Zingler, Kählig, Kleinwächter, Aker, Engel, Dinkel, Gerold, Balde, Witterer; mit Nein die Herren Hube, Seidel, Triebel, Wagner, Bucklisch, Niehmann.

Das Amendement Hube wird mit sämtlichen 20 Stimmen angenommen und ebenso mit demselben Stimmenresultat die so vervollständigte Resolution Bey.

Für die Resolution des Herrn Anwalts hatte sich aus der Mitte der Versammlung eine Unterstützung nicht gefunden.

Die Versammlung geht nunmehr über zum vierten Punkt der Tagesordnung: „Berathung über die Stellung der Vereinigung zum Verbands der Deutschen Gewerksvereine“. Referenten die Herren Wagner und Triebel. Der Erstere kommt zunächst zu sprechen auf die nach seiner Meinung ängstliche Art und Weise, mit welcher im Verbands gewisse politische Anschauungen unterdrückt werden, und ist geneigt, in dieser Beziehung die Taktik mit derjenigen der Kriegervereine in Vergleich zu bringen, in denen bekanntlich auch keine Sozialdemokraten geduldet werden. Ebenso bilde der Revers ein wesentliches Hemmnis für die freie politische Meinungsäußerung, wengleich derselbe im Gewerksverein der Porzellanarbeiter schon immer nur ein harmloses Dasein geführt habe. Auch die Abstimmung über das Arbeiterschutzesgesetz seitens der Gewerksvereine „befreundeter“ Herren habe nicht dazu beigetragen, die Stimmung für den Verband zu erhöhen. Er beantrage Ausscheiden des Gewerksvereins aus dem Verbands. Dem Verein solle ein neuer Name beigelegt werden.

Herr Triebel schließt sich im Wesentlichen den Ausführungen seines Vorredners an. Besonders aber habe ihn das Verhalten des Herrn Anwalts in Betreff des Arbeitstages veranlaßt, der Generalversammlung den Austritt aus dem Verbands zu empfehlen.

Zu dieser Sache verliest Herr Bey im Namen des Vorstandes das Protokoll der Vorstandssitzung, in welcher zu der Frage vom Vorstand Stellung genommen wurde, und wobei die Vertreter des Gewerksvereins erklärten, daß sie eine erspriechliche Thätigkeit für den Gewerksverein im Zentralrath nicht mehr für möglich erachteten. Die Stellung des Verbandes zur Lohnfrage und der Arbeiterbewegung im Allgemeinen, die Aufrechterhaltung des Reverses sowie seine ganze Haltung zur Arbeiterschutzesgesetzgebung, insbesondere zum Maximalarbeitstag und zu den Streiks seien die prinzipiellen Unterschiede, die zwischen dem Vorstande und der Verbandsleitung sowie den meisten und größten Gewerksvereinen des Verbandes bestehen, und die ein ferneres Zusammenarbeiten nicht mehr zulassen. Nach eingehender Erörterung habe sich der Vorstand mit allen gegen eine Stimme für den Austritt aus dem Verbands entschieden; er habe indeß beschlossen, darüber vorzeitig nichts zu veröffentlichen, um seinerseits eine Provokation zu vermeiden.

Herr Ramin (Vertreter des Zentralraths) beitrete, daß jemals durch die Verbandsleitung die Ausschließung eines Mitgliedes aus irgend einem Gewerksverein wegen politischer Gesinnungsäußerungen stattgefunden habe, das sei lediglich Sache des betreffenden Gewerksvereins. In Bezug auf den Revers erklärt der Redner, daß derselbe auch in dem Gewerksverein der Maschinenbauer vorerst noch nicht aufgehoben werde; dessen Nothwendigkeit sei erst jüngst wieder durch den Erfurter Parteitag erwiesen worden. Alle die vorgebrachten Beschwerden, auch hinsichtlich der Abstimmungen des Herrn Anwalts bei der Gewerbenovelle, können nach der Ansicht des Redners ein Ausscheiden des Gewerksvereins aus dem Verbands nicht rechtfertigen.

Herr Bey erklärt, nicht materielle oder persönliche, sondern prinzipielle Gründe seien es, welche den Gewerksverein vom Verbands trennen. Schon die Beschlüsse, welche bereits heute gefaßt wurden, würden sehr bald in den Augen der Verbandsleitung den Gewerksverein zu einem sozialdemokratischen Stempel. Um dieser Gefahr vorzubeugen, sei eben nur ein Ausscheiden des Gewerksvereins am Plage. Mit dem Revers, welcher die Sozialdemokraten von den Gewerksvereinen fernhalten solle, werde offenbar Politik getrieben. Durch die Erfahrungen, die Herr Bey in der freisinnigen Partei gemacht hat, ist er zu der Ueberzeugung gelangt, daß diese nicht ernstlich bemüht sei, das Wohl der arbeitenden Klasse zu fördern, im Gegentheil versumpe sie die Arbeiterverhältnisse. Bezüglich der Streiks sei in den Gewerksvereinen eine eigenartige Aengstlichkeit vorhanden; in den Generalrathsprotokollen lese man in der Regel von „Mitgliedern, welche in den Streik hineingezogen sind“, um ja nicht irgendwie Anstoß zu erregen. Ja, es gebe sogar Gewerksvereinsagitatoren, die, wie es kürzlich erst ein Herr aus Berlin in Stralsund gethan, die Streiks überhaupt als „frivol“ bezeichnen, ohne Rücksicht darauf, daß den meisten der Lohnbewegungen, wie beispielsweise derjenigen der deutschen Buchdrucker, ein berechtigter Kern innewohne. Gegenüber dem Zweifel des Herrn Ramin betreffs einer Ausschließung erwähnt der Redner den Fall Heinrich, in welchem derselbe wegen seiner Zugehörigkeit zum Fachverein der Köpfer aus dem Gewerksverein ausgeschlossen wurde; dies sei eben in der Taktik der Verbandsleitung begründet. Der Herr Verbandsanwalt habe sich durch sein Abgeordnetenmandat in eine Zwangslage gebracht, welche es ihm unmöglich mache, als der erste Vertreter einer Arbeiterorganisation von einigen 60 000 Mitgliedern seinen Standpunkt als Förderer der Arbeiterinteressen voll und ganz zu behaupten. Herr Bey bittet die Generalversammlung ausdrücklich, die Sache nicht etwa von der finanziellen Seite zu betrachten, sondern bei ihrem Beschluß lediglich die Prinzipienfrage „thätigste Vertretung der Arbeiterinteressen“, wägend sein zu lassen, die den Gewerksverein nunmehr vom Verbands trenne.

Es tritt um 1 1/4 Uhr eine Mittagspause ein.

Um 2 1/4 Uhr wird die Verhandlung wieder aufgenommen. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Herr Zettke, die Sitzung heute um 5 Uhr zu schließen, was angenommen wird.

Als erster Redner meldet sich der Hr. Anwalt zum Wort. Er erklärt, nur mit kurzen Worten seinen Standpunkt darlegen zu wollen, um seinerseits nicht die Debatte in die Länge zu ziehen. Wenn bisher die Ueberzeugungstreue,

das unentwegte Festhalten an irgend einem Programm als eine Tugend galt, so scheint es ihm jetzt zur Mode geworden zu sein, ohne Rücksicht auf das bisher für gut Befundene, sich den neuen Strömungen zuzuwenden. So sei dies auch besonders der Fall bezüglich der sogenannten modernen Arbeiterbewegung. Die Prinzipien, die er seit langen Jahren unerschütterlich festgehalten und die ihn in allen seinen Handlungen geleitet haben und auch fernerhin leiten werden, habe er schon als junger Mann aus Anlaß des Streites zwischen Schulze-Delitzsch und Lassalle in sich aufgenommen. Für sein Verhalten als Reichstagsabgeordneter könne er die volle Verantwortlichkeit übernehmen; für ihn seien stets nur solche Gründe bestimmend gewesen. Er finde sich durchaus nicht in einer Zwangslage, denn zu seinen Wählern gehöre nicht ein einziger Kapitalist oder Großindustrieller; Rücksichten auf diese habe er also nicht zu nehmen. Er müsse sich wirklich sehr wundern über die große Wandlung, die sich seit einigen Jahren in der sozialpolitischen Gesinnung des Herrn Bey vollzogen habe. Daß der Beschluß, aus dem Verbandsverbande auszuscheiden, gefaßt werde, sei für ihn zweifellos; indessen beachtete man, nach dem Statutentwurf, mit anderen Vereinigungen in Fühlung zu treten, es dürften dies wohl die Fachvereine sein, deren Tendenzen der Gesinnung des Herrn Bey verwandt zu sein schienen. Den Schritt, den die Generalversammlung zu thun anscheinend im Begriffe stehe, werde er (Redner) nicht durch irgend welches Zureden zu hindern versuchen, obwohl es ihm schwer werde, nach langer inniger Gemeinschaft die Trennung sich vollziehen zu sehen. Nicht ein einziger Fall könne nachgewiesen werden, in welchem von der Verbandsleitung die Vergewaltigung irgend einer Gesinnung geübt, irgend eine Drohung des „Hinausfliegens“ ausgesprochen worden sei. Dem Einwand wegen des Reverses begegnet der Herr Anwalt mit dem Hinweis, daß die Einführung desselben auf dem Verbandstage zu Breslau im Jahre 1876, jedoch nur in empfehlendem Sinne beschlossen worden, keineswegs auf dem Wege des Zwanges, und den einzelnen Gewerksvereinen sei es nach wie vor überlassen, je nach Würdigung der in ihnen obwaltenden Verhältnisse von dem Revers Gebrauch zu machen oder nicht. Dennoch aber habe, wie Redner in Uebereinstimmung mit Herrn Ramin erklärt, der Revers auch heute von seinem Werthe, seiner Nothwendigkeit nichts verloren. In seiner Stellung als Reichstagsabgeordneter übergehend, wirft der Redner einen Rückblick auf die Zeit des Beginnes einer sozialpolitischen Gesetzgebung, bepricht die Erscheinungen der „modernen“ Arbeiterbewegung, in welcher besonders der Nachdruck auf die Staatshilfe gelegt werde, und rechtfertigt u. A. auch sein Verhalten in der Frage der Kündigungsfristen; auch in dieser Beziehung habe er manche Anfechtungen, selbst aus den Kreisen der Genossen, erfahren, dennoch sei er sich dessen bewußt, daß die Mehrzahl derselben auf seiner Seite stehe. Der Herr Anwalt bittet die Versammlung, im Interesse des Vereins sich den Schritt zu überlegen; nicht etwa um den Verband zu erhalten, im Gegentheil, der Verband sei immer noch geblieben, während die wenigen Gewerksvereine, die dem Verbandsverbande den Rücken gewendet, von der Bildfläche verschwunden seien. Wie aber auch die Entscheidung ausfallen möge, jedenfalls bitte er die Herren, ihm die Achtung nicht zu versagen, welche er sich um seine Wirksamkeit auch im Interesse des Gewerksvereins der Porzellanarbeiter erworben.

Herr Kählig erklärt Namens seiner Mandatgeber sich für den Austritt aus dem Verbandsverbande aus den bereits von anderen Rednern entwickelten Gründen.

Herr Kern erachtet den Austritt aus dem Verbandsverbande für nothwendig, um dem frischeren Geiste, der heutzutage durch die Arbeiterwelt gehe, auch seitens der Porzellanarbeiter zu folgen, einem Geiste, den man bedauerlicherweise schon längere Zeit im Verbandsverbande vermisste.

Die Herren Grunert und Kählig plaidiren außer für den Austritt auch für die Namensänderung. Es herrsche unter den keramischen Arbeitern eine allgemeine Abneigung gegen den Namen „Gewerksverein“. Sie erhoffen für den Verein einen kräftigen Aufschwung.

In persönlicher Bemerkung verwahrt der Herr Anwalt sich gegen den Vorwurf des Herrn Bey, daß er in Gemeinschaft mit dem Abgeordneten Dr. Gutfleisch die Gewerbenovelle verschlechtert habe.

Herr Bey erklärt, daß er trotz der inneren Wandlung bezüglich des Maximalarbeitstages sich niemals für ein sozialdemokratisches Volkensuduchheim begeistern könne; für eine schärfere Vertretung der Arbeiterinteressen sei er aber, im Gegensatz zu Herrn Dr. Girsch, schon auf dem ersten Kongress 1868 eingetreten. Auf seine gemeinsame Arbeit mit dem Herrn Anwalt zurückblickend, fühlt er die Bedeutung des Schrittes sehr wohl; er habe von seinen Kollegen im Vorstände am längsten sich gegen das Ausschneiden aus dem Verbandsverbande gestraubt, seit der letzten Rede des Herrn Anwalts im Zentralrath über das Arbeiterbeschutzgesetz habe er jedoch den Glauben verloren, daß dem Verbandsverbande noch irgend ein bedeutsamer Werth innewohne. Insbesondere habe ihn aber die traurige Lage der Kollegen zu seiner energischen Vertretung der Arbeiterinteressen gedrängt. Es sei durchaus nicht nothwendig, daß der Verein gerade den Fachvereinen von ausgeprägter sozialistischer Tendenz sich anschließe, wie der Herr Anwalt meine, sondern man werde Fühlung nehmen mit Berufsvereinen, welche wirklich praktisch die Förderung der Arbeiterinteressen betreiben, wie es z. B. mit gutem Erfolg der vorzüglich geleitete Unterstützungsverein der Buchdrucker thue. Dann schilbert der Redner die Parteizerkürstigungen unter den Porzellanarbeitern, die ebenfalls ein Moment für den Austritt aus dem Verbandsverbande seien. Man hoffe, von dem Schritte eine Befestigung der Vorurtheile zu erzielen und in verstärkter Zahl die Berufsvereine dem Verein zuzuführen. Die Behandlung, welche die Vertreter des Gewerksvereins im Zentralrath erfahren, habe für die Ersteren die Möglichkeit einer erspriesslichen Arbeit in dieser Körperschaft für alle Zukunft ausgeschlossen. Er beweist dies durch die Schilderung der Art und Weise, wie gewisse von ihnen eingebrachte Anträge und Resolutionen, die auf eine stärkere Betonung der Förderung der Arbeiterinteressen abzielten, auf Betreiben des Herrn Anwalts werthlos gemacht wurden. Das Verhalten der Vertreter des Gewerksvereins zu den Arbeiterfragen bezeichnete der Anwalt im Zentralrath als ein „sozialrevolutionäres“. In Erwiderung der persönlichen Bemerkung des Herrn Dr. Girsch bemerkt der Redner, daß es der deutschen Arbeiter überhaupt unwürdig sei, aus Vorurtheilen im Arbeitsverhältnisse, wie sie das „Arbeiterbeschutzgesetz“ kennzeichnet, strafrechtliche Folgen ziehen zu müssen. Der Redner giebt der Ueberzeugung Ausdruck, daß, wie aus den bereits früher ausgesprochenen Gewerksvereinen andere, lebenskräftige Vereinstypen hervorgegangen, dies auch bei dem Gewerksverein der Porzellanarbeiter der Fall sein werde. Er rath nochmals, den Austritt aus dem Verbandsverbande zu beschließen.

Herr Kleinwächter kann sich mit dem Gedanken des Austritts aus dem Verbandsverbande nicht befreunden. Es sei doch jedenfalls ein schwerer Schritt,

und ob er den erhofften Erfolg haben werde, sei doch noch sehr in Frage zu stellen. Anfechtungen werde der Verein zu erdulden haben, auch wenn er einen anderen Namen trage. Der Redner macht den Vermittelungsantrag, diese Sache noch einmal zu vertagen, begründete Beschwerden auf dem Verbandstage vorzubringen und auf deren Abstellung hinzuwirken.

Herr Huve erklärt sich lediglich vom rechtlichen Standpunkte aus für den Austritt aus dem Verbandsverbande. Er ist aber auch der Ansicht, daß der Beschluß wegen des gesetzlichen neuntägigen Arbeitstages bei längerem Verbleiben im Verbandsverbande des Gewerksvereins als rüchiges Schaf erscheinen lassen werde. Bezüglich der gesetzlichen Kündigungsfrist erklärt sich Herr Huve im Gegensatz zu Herrn Dr. Girsch für ein Verbot der Kündigungsfrist. Dem gegenüber stellt Herr Dr. Girsch jedoch den Vorwurf klar, welcher vielfach hinsichtlich der Kündigungsfrist zu Tage tritt, es ist eben bei dem bisherigen Zustande verblieben, welcher in keiner Weise jemand zwingt, Kündigungsfristen zu vereinbaren. Dem Herrn Bey gegenüber bezeichnet der Herr Anwalt den § 119 a als eine wesentliche Einschränkung der Arbeitgeberrechte. Mit Genugthuung konstatiert der Herr Anwalt, daß wenigstens eine Stimme sich für das Verbleiben im Verbandsverbande ausgesprochen habe. Indessen könne nach Lage der Sache zwischen der Verbandsleitung und dem Gewerksvereinsvorstande die von Herrn Kleinwächter gewünschte Vermittelungsunterhandlung nicht stattfinden. Zum Schluß verliest der Herr Anwalt einen im „Gewerksverein“ enthaltenen Artikel aus Arzberg, dem in Folge die dortigen Porzellanarbeiter für den Austritt aus dem Verbandsverbande selbstsamweise, weil der Verband zu scharf vorgehe, während hier in der Versammlung dem Verbandsverbande das Gegentheil zum Vorwurfe gemacht werde. Der vom Anwalt aus dem Gewerksverein Nr. 13 verlesene Artikel ist vom Redakteur des „Gewerksverein“ geschrieben worden.)

Die Herren Seidel und Loos erklären sich ebenfalls für den Austritt aus dem Verbandsverbande, während Herr Kleinwächter nochmals seine Bedenken äußert und bittet, wenigstens keine Namensänderung vorzunehmen; die Tendenzen des Gewerksvereins würden doch dieselben bleiben müssen und deshalb von den Gegnern angegriffen werden wie bisher.

In seinem Schlusswort charakterisirt Herr Bey in verschiedenen Beispielen die Art und Weise, wie im Zentralrath gearbeitet werde; viel kostbare Zeit werde dort durch Streitereien über kleinliche Nebendinge verzerrt, während von einer Behandlung von praktischen Fragen, welche die gesamte Arbeiterwelt bewegen, nicht die Rede sei; in dieser Beziehung beurtheilt der Redner auch die Thätigkeit der sogenannten „dritten Kommission“ sehr abfällig. Ebenso seien die Ortsverbände, die der Herr Anwalt als den „Cassien der Organisation“ gepriesen, in der Regel mit allen andern Dingen beschäftigt, als mit solchen, die im Zusammenhange stehen mit Arbeiterangelegenheiten. Die Agitation sei wohl nothwendig, nicht aber von irgend welcher Bedeutung in dem Sinne, in welchem sie von den Verbandsagitatoren betrieben werde, welche der Mehrzahl nach nur mit Krankenbesuchen prahlen, ohne auf die wirklichen Arbeiterverhältnisse tiefer einzugehen.

Es folgen noch persönliche Bemerkungen der Herren Dr. Girsch, Bey, Huve, Kählig und Kleinwächter; hiermit ist die Debatte geschlossen.

Zu dem Gegenstande liegen vier Anträge vor: aus Herten, Rudolstadt, Groß-Brettenbach, Arzberg, sämmtlich für den Austritt plaidirend.

In namentlicher Abstimmung werden sämmtliche Anträge in einer Gesamtabstimmung mit 19 gegen 1 Stimme angenommen. Der Austritt des Gewerksvereins aus dem Verbandsverbande der Deutschen Gewerksvereine ist hiermit beschlossen.

Nach diesem Ergebnisse verläßt der Herr Verbandsanwalt Dr. Girsch den Saal.

Der Zeitpunkt des Austritts wird auf den 31. December d. J. festgesetzt, gemäß dem von Herrn Bey gestellten Antrag: „Beantworte dem Verbandsverbande die Verpflichtungen bis zum Schluß des Jahres zu erfüllen.“

Schluß der Sitzung 5 1/2 Uhr.

Sozialpolitische Nachrichten.

„Von Seiten des Vorstandes des „Unterstützungsvereins deutscher Buchdrucker“ ist an die Einwohner Berlins ein Zirkular gerichtet worden, wodurch derselbe die vor gegnerischer Seite in die Welt gesandten Unwahrheiten über die Gründe und Forderungen der Buchdruckergehülften richtig zu stellen versucht. Eingeweihten gegenüber, d. h. Leuten, die noch ein klein bisschen Interesse für den Arbeiter haben, brauchte der Vorstand dieses nicht zu thun, aber leider stellt ja die große Masse Derjenigen hier auf Erden, und gerade Deter, die auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung ein besseres Dasein führen als diese selbst, nicht nur taub selbst den gerechtesten Forderungen der letzteren gegenüber, sondern sucht dieselben durch allerhand unsaubere Mittel, durch Verbrechen und Verdächtigungen zu hinterzucken. Kein Wunder, wenn der Arbeiter mehr und mehr zu der Erkenntniß kommt, daß er auf Hilfe von anderer Seite schwerlich rechnen kann, und daß er daher, weil allein machtlos, sich mit seinen Genossen verbinden muß, um durch eine festgegliederte Organisation seinen Wünschen und gerechten, beschiedenen Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen. Daß das von vielen Kapitalisten und Großindustriellen dem Arbeiter sehr verübelt wird, beweisen täglich die Forderungen dieser Humanitätshelden nach möglicher Beschränkung des Koalitionsrechtes, wohl verstanden, nur nach der einen Seite hin, denn „was wir für uns beanspruchen, gehört auch Arbeitern noch lange nicht“, so sagen diese Herren. Doch genug davon. Die Forderungen der Buchdrucker der Buchdrucker sind durchaus keine übertriebenen. In Rücksicht auf die auch in diesem Gewerbe so große Zahl Arbeitsloser (der Zirkular spricht von 26 pCt. in einzelnen Städten) verlangen die Buchdrucker die Verabreichung der Arbeitszeit auf 9 Stunden täglich und verbinden damit eine Erhöhung des Lohnes von 10 pCt. Was ist in diesen thatsächlichen Verhältnissen entprechend, durchaus nicht zu viel verlangt. Leider ist eine Einigung zwischen den betheiligten Parteien nicht erfolgt. Die Verhandlungen der Tarifkommission sind vor einiger Zeit bereits abgebrochen, so daß ein sehr großer Theil der

Gehilfen in den Ausstand tritt. Nur wenige Besitzer von Anstalten haben bewilligt, so u. A. auch die Offizin, in der unser Blatt hergestellt wird, des Hrn. F. Kerstes, Berlin, Niederwallstr. 22. Wir wünschen den Buchdruckern den Sieg ihrer gerechten Sache auf's Herzlichste, nöthigenfalls werden wir dieses späterhin auch noch in anderer Form betheiligen. Mit besonderer Genugthuung weisen sie auf ihre Unterstützungskassen hin, die infolge des Opfermuthes der Kollegen über ganz bedeutende Mittel verfügen, ein beruhigendes Bewußtsein in der Zeit der Gefahr. Möge sie, ohne erst schwere Wunden zu schlagen, zum Segen der Betheiligten, zum Nutzen der allgemeinen Arbeiterfrage vorübergehen. Aber auch euch, Kollegen, die ihr bisher noch nicht das Bedürfnis empfunden habt, euch anzuschließen an eine Vereinigung, die voll und ganz einsteht für die Interessen ihrer Mitglieder, rufen wir die Mahnung zu, dieses zu thun, damit ihr nicht vereinzelt dasteht, wenn die Stunde der Noth schlägt. Prüft und schließt euch an da, wo ihr denkt, daß eure Interessen am besten gewahrt werden. Gerade in unserem Berufe thut eine derartige Vereinigung noth, denn auch bei uns liegt noch Vieles, Vieles sehr im Argen, und gerade deshalb ist es nothwendig, immer und immer wieder darauf hinzuweisen. Unsere Kollegen müssen endlich einmal aus ihrer lethargie aufgerüttelt werden, sie müssen durch Wort und Schrift dahin gebracht werden, daß sie sich zusammenraffen, um organisiert fester dazustehen wie bisher. Unausgesetzt muß ein Jeder das Ziel im Auge haben, seine und dadurch die Lage anderer Kollegen zu verbessern, bestrebt zu sein. Dann wird auch endlich Wandel geschaffen werden da, wo die Verhältnisse der Kollegen besonders traurige sind. Mit großer Genugthuung ist es hervorzuheben, daß die neu geschaffene Vereinigung des Gewerkevereins und Dresdener Verbandes sich auf ihrer letzten Generalversammlung mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Branchenkollegen besonders befaßt hat. Nicht erfreulich lauteten zum größten Theil die Berichte der Referenten. Deshalb ist es freudig zu begrüßen, daß wir fortan ein besonderes Augenmerk auf die gewerblichen Verhältnisse unserer Kollegen richten werden; naturgemäß gehört dazu die volle Unterstützung aller zielbewußten Kollegen. Nehme man sich allerorts ein Muster an den vorbenannten Buchdruckern. Suche man überall den Werth der Vereinigung den noch nicht organisierten Kollegen klar zu machen, das ist Pflicht eines jeden bewußten Kollegen. Dies soll unser Aller Ziel sein, und damit, da die jetzige Zeit eine äußerst günstige ist, frisch ans Werk! G. L.

Personal-Nachrichten.

Bahnhof Selb. Bekanntmachung. Wir geben hiermit bekannt, daß wir (26 Mann stark) unterm Heutigen dem Gewerkeverein der Porzellanarbeiter u. a., ohne Eintrittsgeld und ohne Karenzzeit zu haben, als vollberechtigte Mitglieder beigetreten sind, und treten demnach am 1. Januar 1892 mit in die Vereinigung „Verband Deutscher Porzellanarbeiter und verwandter Berufsgenossen“ über. Wir machen die verehrl. Personale darauf aufmerksam, daß diese Begünstigung allen Personalen zusteht, die sich bis zum 31. Dezember d. J. zum Gewerkeverein anmelden.

Das Malerpersonal bei Jakob Zeidler u. Co. Bahnhof Selb.
Johann Rogler, Schriftführer.

Breslau. Unterzeichnetes Personal erklärt sich mit den Ausführungen der Personale Arzberg (Schumann u. Ries), Selb, Neuhaldensleben (Albrecht u. Co.) bezüglich der Magdeburger Generalversammlung vollständig einverstanden.

Dreherpersonal der Breslauer Steingutfabrik.
J. A. der Magdeburger Verbandsmitglieder
G. Schmitz.

Arzberg. Allen Personalen zur Kenntniß, daß der Porzellanmaler Herr Karl Herlenke aus Euhl aus unserm Personal ausgeschlossen worden ist.

Das Malerpersonal von Schumann u. Ries.

Thale a. Harz. Der Porzellanmaler A. Klapper, zuletzt in Neuhaldensleben, wird ersucht, seine Adresse an den Unterzeichneten bekannt zu geben, widrigenfalls Bekanntmachung erfolgt.

B. Schachtshabel, Vorsitzender des Ortsvereins.

Amflicher Theil.

* Verzeichniß aufgenommenen und ausgeschiedener Mitglieder.

A. Unter nachstehend verzeichneten Daten wurden aufgenommen:

1) In den Verband und die Kranken- und Begräbniskasse:

Neustädtingen: 17. 10. 91. G. Pfahler.

2) In die Kranken- und Begräbniskasse:

Unterlößig: 31. 10. G. Möller; Passau: 10. 10. G. Unger.

3) In den Verband:

Oberhausen: B. Böpp, J. Opitz, F. Schiederich, C. Hüttemann, G. Hütten, G. Dellingshausen, C. Gölcher, A. Pieper, J. Schwarz, J. Spiltenberg, G. Krug, A. Haas, A. Pfeiffer, A. Genscher, W. Wilm, J. Engel, Begeleit: G. Kappelman, J. Stenger, J. Manel; Großpreilich: G. Koch; Arzberg: Chr. Meyer, G. Purucker, J. Barth, G. Hübner, G. Jann.

Herausgegeben vom Vorstand des Gewerkevereins.

Druck und Verlag von J. Kerstes, Berlin O., Niederwallstr. 22.

B. Ausgeschiedene Mitglieder.

1) Aus dem Verband und Kranken- und Begräbniskasse:

Tiefenfurt: D. Lorenz (Soldat); Jlmeneu: C. Gerboth (gest.); Hansen: A. Pöcker (gest.); Annaburg: A. Wiefenbiller, M. Rausch, A. Dobrith (sämmlich Soldat); Selb: P. Lamscha (Soldat); Breitenbach: A. Fabig, F. Sittig (Soldat); Hüttensteinach: F. Holzhauer; Nehau: J. Gräfel (Soldat); Kolmar: D. Bachmann (Soldat).

2) Aus dem Verband und Zuschuß-Kranken- und Begräbniskasse:

Selb: D. Rösner (Soldat); Tiefenfurt: H. Rösche (Soldat).

3) Aus der Kranken- und Begräbniskasse:

Moabit: B. Rogge.

4) Aus dem Verband:

Schramberg: W. Kern (Soldat); Tiefenfurt: A. Steinel, A. Viebig, C. Kranich, J. Jacob (sämmlich Soldat); Dresden: A. Heini, C. Beyer; Jlmeneu: F. Mey, C. Eugen, S. Eichel (sämmlich Soldat); Coburg: H. Illinger, F. Hoffmann (Soldat); Arzberg: G. Matzsch, H. Haumann (Soldat); Meuselwitz: A. Jahn, C. Edelmann (Soldat); Scherbach: H. Kötner, F. Eurtch (Soldat); Rall: H. Kraft; Gräfenhal: C. Faber (Soldat).

A. Kern,
Vorsitzender.

Der Vorstand.
Georg Penz,
Hauptschriftführer.

J. Bey,
Hauptkassirer.

Versammlungskalender.

(NB. Mitglieder, welche mit den Beiträgen länger als 6 Wochen im Rückstand sind, ohne von der örtl. Verwaltung Stundung erhalten zu haben, werden gestrichen.)

* **Moabit.** Vorstandssitzung am Freitag, den 13. November, Abds. 8 Uhr, bei Grunert, Lübeckstr. 2. Der Vorstand.

* **Neuhaldensleben.** Generalversammlung des Medizinal-Verbandes Alt- und Neuhaldensleben am Sonnabend, den 14. November, Abds. 8 1/2 Uhr, im Gasthof Clerf in Neuhaldensleben. — Die Vorstände werden ersucht, um 7 1/2 Uhr zu erscheinen. J. A.: G. Körner.

* **Bachau.** Ortsversammlung am Sonnabend, den 14. November, Abds. 8 Uhr, im Vereinslokal.

NB. Wegen Anordnungbringens des Schrankes müssen alle Bibliothekbücher abgeliefert werden. H. Müller, Schriftführer.

* **Charlottenburg.** Ortsversammlung am Sonnabend, den 14. November, Abds. 8 Uhr, im Vereinslokal, Rosinenstr. 1. 1. Rassenbericht pro 3. Quartal, 2. Besprechung über die Beschlüsse der Generalversammlung, 3. Verschiedenes. Albert Karge, Vorsitzender.

* **Colditz.** Ortsversammlung am Sonnabend, den 14. November, Abds. 8 Uhr, im „Goldnen Kreuz“. L. D. daselbst.

* **Eisenberg.** Ortsversammlung am Sonnabend, den 14. November, Abds. 8 Uhr, im Vereinslokal. L. D. wird daselbst bekannt gemacht. Carl Birnbaum, Schriftführer.

* **Jlmeneu.** Ortsversammlung am Sonnabend, den 14. November, Abds. 8 Uhr, im Vereinslokal. Ernst Budlitsch, Schriftführer.

* **Schwarzenbach.** Ortsversammlung am Sonnabend, den 14. November, Abds. 8 Uhr, im Vereinslokal. L. D. daselbst.

Karl Voigt, Kassirer.
* **Breitenbach b. Schleusingen.** Ortsversammlung am Sonntag, den 15. November, Nachm. 3 Uhr, im Böll'schen Lokal. Die Mitglieder werden ersucht, die entliehenen Bibliotheks- und Quittungsbücher mitzubringen. Der Vorstand.

* **Schreiberhan.** Ortsversammlung am Sonntag, den 15. November, Nachm. 4 Uhr, im Vereinslokal „Scholtzei“.

A. Tih, Schriftführer.
* **Tiefenfurt.** Der Herr Kantor A. Förster wird nächsten Sonntag, den 15. November, Nachm. 5 Uhr, einen Vortrag halten. Die Mitglieder sind berechtigt, Freunde und Gäste einzuladen und werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. J. Görtner, Schriftführer.

* **Moabit.** Ortsversammlung am Montag, den 16. November, Abds. 8 1/2 Uhr, bei Grunert. L. D. daselbst. G. Penz II.

* **Dresden.** Ortsversammlung am Sonnabend, den 21. November, im „Stadt-Park“, Große Meißnergasse. Bericht des Delegierten. Hermann Stolz, Kassirer.

* Nachtrag zum Adressen-Verzeichniß.

Cassel: G. Jecht, Vorsitzender; G. Lichtwardt, Kassirer; B. Rehm, Schriftführer; A. Jähe und G. Rüter, Revisoren (sämmlich Maler).

Rheinsberg: A. Lange, Vorsitzender; C. Haensch, Kassirer, Schloßstr. 140.

Storbekannt.

Jlmeneu. Ernst Gerboth, Porzellanbrenner, geb. am 14. 5. 1857, gest. am 27. 10. 1891 an Lungenschwindsucht. Letzte Krankheitsdauer 8 Wochen.

Schramberg. Johannes Armbruster, Steingutbrenner, geb. am 22. 11. 1824, gest. am 28. 10. 1891 an Lungenlähmung. Letzte Krankheitsdauer 1 Jahr 10 Monate. Mitglied des Gewerkevereins und der Zuschuß-Kranken- und Begräbniskasse.

Anzeigen.

* Arbeitsmarkt.

„unverheirathet“, können im Auslande Stellung erhalten. Nähere Auskunft erteilt die Redaktion d. Bl.

Verantwortlich für die Abhaltung Gustav Penz.